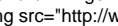




CDU-Sicherheitspolitiker fordern Unterstützung für Jugendoffiziere der Bundeswehr

CDU-Sicherheitspolitiker fordern Unterstützung für Jugendoffiziere der Bundeswehr
Die Pressestelle der CDU Deutschlands teilt mit: Der Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands fordert die Bundesländer dazu auf, den Jugendoffizieren der Bundeswehr den Zugang zu Schulen nicht zu verweigern. "Die Bundeswehr ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Allen Bestrebungen, sie aus der Mitte dieser Gesellschaft hinauszudrängen, stellen wir uns entschlossen entgegen", heißt es in einem aktuellen Beschluss der CDU-Sicherheitspolitiker. "Wir sehen mit großer Sorge, dass rot-grüne Landesregierungen versuchen, die Jugendoffiziere der Bundeswehr aus den Schulen zurückzudrängen", erklärte der Ausschussvorsitzende Elmar Brok. So würden beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Informationsveranstaltungen mit Soldatinnen und Soldaten in Schulen deutlich erschwert. "Es ist aber wichtig, dass Schülerinnen und Schüler über die vielfältigen Aufgaben der Bundeswehr aus erster Hand informiert werden, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche Verantwortung Deutschland in der globalisierten Welt trägt", so Brok. Deshalb müsse der Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen weiterhin unterstützt werden. Mehr zum Thema Den Beschluss finden Sie hier. Hintergrund Jugendoffiziere der Bundeswehr stehen seit 1958 für Vorträge und Seminare zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an Schulen und Universitäten zur Verfügung. Dabei geht es nicht um Nachwuchswerbung, sondern um die Vermittlung eines ausgewogenen Bildes über die vielfältigen Aufgaben der Bundeswehr. In Nordrhein-Westfalen dürfen Jugendoffiziere der Bundeswehr nur noch dann in Schulen tätig werden, wenn Lehrer auch Vertreter von Friedensinitiativen oder Kirchen gleichberechtigt einladen. Im rot-grünen Koalitionsvertrag in Niedersachsen wird unterstellt, durch die Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen fände eine einseitige Beeinflussung statt. CDU Deutschlands Klingelhöferstraße 8 10785 Berlin Telefon: 030-22070-0 Telefax: 030-22070-111 E-Mail: pressemitteilung@cdu.de 

Pressekontakt

CDU

10785 Berlin

pressemitteilung@cdu.de

Firmenkontakt

CDU

10785 Berlin

pressemitteilung@cdu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Unsere Partei wurde 1945 von Menschen gegründet, die Deutschlands Zukunft mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. In dieser neuen Volkspartei fanden sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen unseres Vaterlandes. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Die CDU war immer die Partei zukunftsweisender moderner Konzepte. Unsere Ideen und Vorstellungen haben das Aufbauwerk nach dem Krieg erfolgreich vorangetrieben, unser Land in Europäischer Union und NATO fest verankert und Deutschland zu einem blühenden Gemeinwesen gemacht. Mit der Deutschen Einheit hat sich eine unserer großen politischen Visionen erfüllt. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.